

Z. 1 XII. 1915

*aus dem Landratsamt*

in der Landwirtschaft, die Höchstpreise zu umgehen versuchen. Die ewigen Klagen der Landwirte, insbesondere auch über höhere Arbeitslöhne seien unbegründet. Die Naturalalöhne habe man mit billigen Säen abgelöst. Der Großbesitz habe auch weiter seine Gerste und sonstiges Schrot, der kleine Besitz aber ermangle des Futters. Die Landwirtschaft habe ihre Produktion aufrecht erhalten, weiter nichts. Die Zensur mache es der sozialdemokratischen Presse unmöglich über ländliche Arbeitslöhne zu berichten. Die Festsetzung der Butterhöchstpreise erfolgte zu spät. Bezeichnend für unsere Zustände sei die Mitteilung des Staatssekretärs, daß die Reichsregierung die Militärbehörde zu Hilfe nehmen müsse, um notwendige Anordnungen durchzusetzen. Es werden Kartoffeln zurückgehalten und überdies verteuert durch die Gewährung viel zu hoher Vermittlungsgebühren durch die Reichskartoffelstellen.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner beschwerte sich über Widerstand, den verschiedene Verwaltungsstellen den Maßnahmen des Reiches leisteten. Die Rationierung der Fett- und Futtermittel werde nicht zu umgehen sein.

Darauf ergriff der Staatssekretär des Reichsamts des Innern das Wort. Er führte aus, daß die Gemeindebehörden, aber auch die Landräte den Anordnungen willig nachgekommen seien. Stellenweise habe sogar Uebeeifer zu Unzuträglichkeiten geführt. Die Regelung der Fettversorgung sei das Schwierigste. Bei der Festsetzung der Butterpreise mußte das Eingreifen der Militärbehörde gewünscht werden. Es werde jetzt beabsichtigt, die Auslandsbutter in bestimmten Geschäften zum Verkauf zu stellen, während die Inlandbutter den Minderbemittelten vorbehalten bleiben soll. Die Rationierung der Vorräte könne erst erfolgen, sobald ihre Höhe zu übersehen sei.

Der Reichsschatzsekretär kam auf seine Ausführung vom Samstag zurück und betonte nochmals, daß die Preissteigerung in England und Frankreich erheblich höher sei als bei uns. Der Ausschuß müsse die Ueberzeugung gewinnen, daß alles geschehe, was möglich sei, um Erleichterungen zu schaffen. Die Abgeordneten sollten diese Ueberzeugung auch den ihnen nahestehenden Volkskreisen heibringen. Dann werde die Mißstimmung, von der man spreche, verschwinden.

In der Nachmittagsitzung sprach zunächst ein Abgeordneter des Bundes der Landwirte, der es für nicht angängig erklärte, von den Dividenden der Aktiengesellschaften auf die Verdienste der Privatgesellschaften Schlüsse zu ziehen. Wenn Butterarten und dergleichen praktisch möglich seien, dann sei er dafür. Wenn die Produktion wie bisher aufrecht erhalten werden soll, dann müsse eine bessere Beziehung zwischen den Preisen der Roh- und Feinerzeugnisse hergestellt werden. Ein nationalliberaler Redner meinte, die Landwirtschaft habe ebenso wie alle Stände ihre Pflicht getan. Gewarnt werden müsse vor allen Verallgemeinerungen von Einzelfällen. Es sei unmöglich, „normale“ Herstellungspreise für die Landwirtschaft zu errechnen. Es habe keinen Zweck, darüber zu streiten, ob die Landwirtschaft viel oder wenig verdiene. Es handle sich allein darum, die Volksernährung zu erträglichen Preisen zu sichern. Alle Anordnungen müssen davon ausgehen, daß das Notwendige zu geschehen habe ohne Rücksicht darauf, ob es dem einen oder anderen wehe tue oder nicht. Durch freiwillige Organisation des städtischen Großbetriebs müßte die Volksernährung verbilligt werden können. Die Verquickung der landrätlichen Verwaltungstätigkeit mit der Steuerveranlagung bilde die Quelle vieler Schwierigkeiten. Eine Fehlerquelle liegt auch in der Arbeitsanhäufung bei den Landratsamts- und Gemeindevorständen. Durch sachliche Kritik müsse eine Verbesserung angestrebt werden.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern führte aus, die Regierung habe auf die Zustände im Ausland hingewiesen, nicht um sich zu entschuldigen, sondern um im Lande das Verständnis für die Schwierigkeiten zu wecken. In Frankreich beschäftigte sich die Regierung erst jetzt mit der Regelung der Volksernährung.

Der Präsident der Reichsgetreibe stelle und Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium legte dar, daß man geglaubt habe, nicht so ängstlich sein zu müssen, weil man mit erheblichen Beständen in das neue Erntejahr hineingegangen sei. Hieraus sei vielfach der Widerstand gegen einschneidende Maßregeln entstanden. Aber eine vorsichtige Verwaltung müsse eben alle Maßregeln treffen, um sicherzugehen.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag vor-mittag.